



## Sonderlager, Familientrennung, Abschiebung trotz Gefahren: Flüchtlingskinder sind Leidtragende der Kabinettsbeschlüsse

Das Bundeskabinett hat gestern das sogenannte Asylpaket II sowie die Einstufung dreier Maghreb-Staaten als „sichere Herkunftsländer“ beschlossen. Stimmt der Bundestag zu, würden viele Flüchtlingskinder zeitlich unbefristet in großen Aufnahmeeinrichtungen ohne Integrationschancen isoliert und könnten ihre Eltern jahrelang nicht wiedersehen. Der Bundesfachverband umF fordert die Abgeordneten auf, die Gesetzesentwürfe abzulehnen und sich auf die Seite des Kinderschutzes zu stellen.

Kinder – egal welcher Herkunft – brauchen ihre Eltern.

Sowohl der Elternnachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) als auch der Nachzug von Kindern zu ihren Eltern soll für zwei Jahre ausgesetzt werden. Damit würden noch mehr Minderjährige auf die lebensgefährlichen Fluchtwege gezwungen und wären von Menschenhandel bedroht. Für einen Großteil der derzeit in Deutschland lebenden umF wäre der Elternnachzug nicht nur ausgesetzt, sondern würde dauerhaft verhindert. Der Bundesfachverband umF fordert, das Recht der Kinder auf Einheit der Familie ernst zu nehmen und Familienzusammenführungen zügig zu ermöglichen statt einzuschränken.

### Besondere Aufnahmeeinrichtung: Desintegration und fehlender Kinderschutz

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen bundesweit „besondere Aufnahmeeinrichtungen“ geschaffen werden, in denen Flüchtlingskinder und Jugendliche in vielen Fällen ohne zeitliche Befristung leben müssten. Dort unterliegen sie einer strikten Residenzpflicht, sind in vielen Bundesländern nicht schulpflichtig und dürfen keine Berufsausbildung beginnen. Neben Menschen aus „sicheren Herkunftsländern“ wären auch andere Flüchtlingsgruppen (etwa Folgeantragssteller) davon betroffen. Selbst Kinder, die bereits seit Jahren in Kommunen leben und dort zur Schule gehen, dürften solchen Großunterkünften zugewiesen werden. In Bayern geschieht dies bereits: Geduldete Kinder und Jugendliche wurden und werden aus ihrem Umfeld und ihren Schulen gerissen und müssen mit ihren Eltern in die „Sonderlager“ in Bamberg und Manching ziehen. Für Menschen in „besonderen Aufnahmeeinrichtungen“ sind Integration, Zugang zu Bildung und Arbeit, Gesundheitssystem sowie Beratungsangeboten stark eingeschränkt. Der Bundesfachverband umF spricht sich vehement gegen die Schaffung von Sondereinrichtungen aus, in denen Menschen isoliert werden, es zu Kindeswohlgefährdungen kommen kann und Kinder langfristig von ihrem Recht auf Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe ausgeschlossen werden.



## Maghreb-Staaten: Keine sicheren Herkunftsländer für Kinder

Die Bundesregierung will Marokko, Algerien und Tunesien als "sichere Herkunftsländer" einzustufen. Der BumF lehnt dies in seiner Stellungnahme an den Bundestag ab, da kinderspezifische Fluchtgründe ignoriert werden. So bestehen etwa in Marokko erhebliche Gefahren durch Zwangsverheiratung von Minderjährigen, Kinderarbeit, die Strafbarkeit von Homosexualität und die Schutzlosigkeit zehntausender Straßenkinder.

## Schnellverfahren: Kinderspezifische Fluchtgründe bleiben auf der Strecke

Bereits in den gegenwärtigen Verfahren werden die Belange von Kindern, die mit ihren Familien geflohen sind, nicht ausreichend berücksichtigt. In beschleunigten Verfahren ist dies noch weniger als bisher zu erwarten. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die Gewalterfahrungen gemacht haben und Erniedrigungen (mit-)erleben mussten, brauchen Zeit, um die von ihnen erlittenen Menschenrechtsverletzungen als Asylgründe vorbringen zu können. Die geplanten Schnellverfahren würden somit verhindern, dass Kinder über das Erlebte sprechen können, ihre Fluchtgründe beachtet werden – und sie so vor Abschiebungen in existenzielle Not, Kinderarbeit, Ausbeutung und Zwangsheirat geschützt würden.

[Stellungnahme des BumF e.V. zum Asylpaket II](#)

[Stellungnahme des BumF e.V. zur Einstufung der Maghreb-Staaten als „sicher“](#)

Zum Thema erleichterte Abschiebungen erkrankter Personen im Rahmen des Asylpaket II finden Sie hier weitere Informationen:

[Stellungnahme der Baff-Zentren zum Asylpaket II](#)

